

Rundschau von der Alb

Sozialen Wohnungsbau fördern

Politik Die Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke besucht im Rahmen ihrer Albtour die Firma Reutter Immobilien von Uwe Reutter – Folgen der Corona-Krise für den Wohnungsmarkt sind ein Thema. Von Ralf Ott



Gesprächstermin bei der Firma Reutter Immobilien (von links): Uwe Reutter, Beate Müller-Gemmeke und der frisch gekürten Landtagskandidatin Cindy Holmberg. →Foto: Ralf Ott

Seit mehr als zwei Jahrzehnten ist Uwe Reutter im Immobiliengeschäft auf der Alb aktiv. Seine Firma Reutter Immobilien hat sieben Mitarbeiter und jetzt war die Bundestagsabgeordnete der Grünen, Beate Müller-Gemmeke, zu Gast in Verbindung mit ihrer Albtour, die sie bereits im zwölften Jahr hintereinander auch heuer zu den verschiedensten Stationen geführt hat (wir haben berichtet).

Im Team der Reutter Immobilien sind vier klassische Immobilienvermittler und drei Mitarbeiter im Sachverständigenbüro, das zur Firma gehört. „Wir legen Wert auf die gute Ausbildung mit einem akademischen Abschluss und Fortbildungen“, betonte Reutter, der zudem Regionalberichterstatter für die Region Reutlingen-Tübingen ist. Das Büro in der Hauptstraße 11 ist Anlaufstelle für die Kunden und dient zwei Mal im Jahr als Ausstellungsraum für die Werke regionaler Künstler. Zudem finden hier die Vorträge der vor sieben Jahren gegründeten Reutter-Immobilien-Akademie statt – oftmals in Zusammenarbeit mit der Klimaschutzagentur des Landkreises. „Das Interesse an den Themen aus dem energetischen Bereich ist sehr groß, zum Teil müssen wir die Vorträge wiederholen.“

Während Reutter „im Tal“ auch als Gutachter arbeitet, erfolgt die Immobilienvermittlung ausschließlich auf der Albhochfläche. Und das bringt einige Besonderheiten mit sich, wie er dieser Tage im Gespräch mit Müller-Gemmeke und deren Begleiterin Cindy Holmberg, die erst jüngst zur Landtagskandidatin der Grünen gekürt wurde, schilderte.

Das habe sich unter anderem auch in der Corona-Krise gezeigt. „Wir haben nach dem Lock-down nur noch im Innendienst gearbeitet und die Zeit genutzt, um beispielsweise Arbeitsprozesse zu optimieren und regelmäßig Fortbildungen im Internet zu absolvieren“, berichtete er. Das werde sich am Jahresende mit Sicherheit in den Umsatzzahlen bemerkbar machen. Bis Ende Mai gab es keine

direkten Kontakte zu den Kunden. „Das liegt auch daran, dass hier auf der Alb viele Immobilienverkäufer im hohen Alter sind und daher sehr vorsichtig waren.“ Reutter rechnet damit, dass sich die Folgen von Corona erst im nächsten Jahr auf dem Wohnungsmarkt abzeichnen. Bislang sei die Nachfrage unverändert hoch.

Mit Blick auf den Berufsstand des Immobilienmaklers erläuterte er Müller-Gemmeke die Forderung nach einer Berufszulassungsvoraussetzung. „Wir brauchen das, damit der Berufsstand sein negatives Image verliert. Heute kann jeder ein Gewerbe als Makler eröffnen“, betonte Reutter. „Das ist in der Tat ein Thema, das mir immer wieder begegnet“, bestätigte die Bundestagsabgeordnete.

Ein weiteres Anliegen von Reutter war die Maklerprovision. Die Idee, diese bei einem Betrag von zwei Prozent zu deckeln, hätte gerade Maklern auf dem Land existentielle Probleme bereitet, betonte der Immobilienfachmann. Denn: „Hier werden oft kleine Grundstücke, alte Bauernhöfe oder Häuser im eher niederen Preissegment verkauft und nicht die große, millionenschwere Immobilie“. Daher zeigte er sich zufrieden mit der jetzt beschlossenen Regelung, nach der die Maklerprovision paritätisch geteilt wird. „Das Verfahren wenden wir bereits seit 22 Jahren an“. Einig waren sich Müller-Gemmeke und Reutter, dass die Corona-Krise unterm Strich zu keiner Entspannung auf dem Wohnungsmarkt geführt habe. „Das geht nur durch Nachverdichtung in den Städten“, so Reutter. Hier sei eine liberale Genehmigungspraxis hilfreich.

„Dabei geht es nicht nur um Eigenheime, sondern wir müssen für Mietwohnungen sorgen“, unterstrich Müller-Gemmeke. Als Folge der jahrelangen Vernachlässigung des sozialen Wohnungsbaus sei eine neue „Wohngemeinnützigkeit“ – also die Schaffung steuerlicher Anreize für Investoren mit gleichzeitiger Sozialbindung der Mieten – erforderlich. Während die Bundestagsabgeordnete sich vorstellen konnte, „den Markt teilweise zu reglementieren“, lehnte Reutter dies ab. Einig waren sich beide, dass ohne privates Kapital die Zielsetzungen nicht zu erreichen seien.

Auf ihrer Radtour versuchte Müller-Gemmeke auch heuer zu erfahren, wie es den Menschen auf der Alb geht und wo der Schuh drückt. In diesem Jahr war natürlich Corona das Thema Nummer eins. Die Abgeordnete hatte im Bundestag gefordert, dass das Kurzarbeitergeld bei niedrigem Einkommen nicht nur 60 Prozent, sondern bis zu 90 Prozent des ehemaligen Verdienstes betragen sollte. Zudem wollte sie Unterstützung für Minijobber, denn diese zahlen keine Sozialversicherungsbeiträge und haben daher auch keinen Anspruch auf Kurzarbeitergeld. „Auch das ist ein Unding“, sagte sie. Minijobs müssten ihr zufolge schleunigst in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umgewandelt werden. Nur so ließen sich soziale Härten, wie jetzt in der Corona-Krise, verhindern.